

des Bündnisses sei. Eine andere Frage sei, ob Brinetti recht handelte, der durch ein System geheimer Einverständnisse für Italien über den Dreibund hinweg Verpflichtungen schuf. Die nachfolgenden Minister hätten sich aber mit Berlin in ehrlicher und beruhigender Weise auseinandergesetzt. Seitdem sei nichts geschehen, was das Einvernehmen Italiens mit Deutschland und Österreich und das Vertrauen der Zweikaiserermächte zu ihrem Bundesgenossen irgendwie getrübt hätte. Zur Haltung Italiens, speziell in der Marokkofonferenz, heißt es weiter: Wäre Visconti Venosta nicht immer und um jeden Preis darauf bedacht, einen Ausgleich herbeizuführen, den das starre Festhalten Deutschlands und Frankreichs an ihren grundsätzlichen Forderungen immer wieder vereitelt, so hätte die Konferenz am Sonnabend wahrscheinlich ihre letzte Sitzung gehabt.

+ Die Budgetkommission des Reichstags hat das Flottengesetz mit großer Mehrheit in der Dienstags-Sitzung angenommen und beginnt am heutigen Mittwoch die Beratung des Marineetat. Die Displacements-Vergrößerung und die im Etat geforderten 3 großen Linienfahrzeuge werden mit allen Stimmen, mit Ausnahme der sozialdemokratischen, bewilligt. Die Novelle zum Flottengesetz, die 5 große Auslandskreuzer und einen großen Kreuzer bei der Materialreserve fordert, wird gegen Sozialdemokraten und freisinnige Volksparteier angenommen. Die Vertreter der freisinnigen Volkspartei erklärten jedoch ausdrücklich, daß sie die 6 Kreuzer bewilligten, die Novelle aber gleichwohl ablehnten, um gegen die gefehlige Festlegung des Flottenprogramms zu protestieren. In der Debatte gab Staatssekretär v. Tirpitz zur Begründung der Vorlage vertrauliche Erklärungen über die strategische Bedeutung der Auslandsflotte ab, die weit hinter der der anderen Mächte zurückgeblieben sei.

+ Das Schweriner Regierungsblatt teilt mit, daß der Großherzog die Entmündigung des Herzogs Paul Friedrich zu Mecklenburg und seiner Gemahlin, der Herzogin Paul Friedrich zu Mecklenburg, geborene Prinzessin zu Windisch-Grätz, auf deren Antrag und nach Maßgabe des Paragraphen 6 des Bürgerlichen Gesetzbuches durch das Ministerium des großherzoglichen Hauses hat anregen lassen. Zum Vormund wurde Oberlandthalmeister von Stenglin bestellt.

+ Zum Besuche König Eduards in Paris schreibt die Wiener Allgem. Ztg.: „In hiesigen diplomatischen Kreisen wird die auffällige Tatsache, daß der König von England Delcassé zum Frühstück einlud, lebhaft besprochen. Bei der weltmännischen Gewandtheit des Königs wäre ein unüberlegter Schritt gerade in der Frage des gesellschaftlichen Kontaktes ausgeschlossen. Der König hat Delcassé zu Tisch geladen, trotzdem er wußte, daß Delcassé in Berlin als böser Geist Frankreichs und erbitterter Feind Deutschlands betrachtet wird.“

+ Auch der preussisch-anhaltinische Rotterievertrag ist zustande gekommen. Anhalt erhält von Preußen jährlich 133 000 Mark. Der dortige Landtag hat bereits zugestimmt, an der Annahme durch den preussischen ist nicht zu zweifeln.

+ Der Verband der deutschen Bahnhofs-wirte ist am Dienstag zu seiner zweitägigen Hauptversammlung in Berlin zusammengetreten. Auf der Tagesordnung steht das Alkoholverbot für die Bahnbeamten, die Besteuerung der Bahnhofs-wirte, die Vergebung von Bahnhofs-wirtschaften, Festlegung der Preise für Speisen und Getränke.

+ Der sozialdemokratische „Vorwärts“ hat wieder „dankbaren Stoff“. Er fordert die Berliner politische Polizei auf, 200 Mark von der Geschäftsstelle des Blattes abzuholen. Diese Summe soll von einem Kommissar einem „Genossen“ gegeben worden sein, damit er Parteigehheimnisse verrate. Selbst wenn das wahr ist, dürfte es sich

nur um einen vereinzelt Mißgriff oder um Ungeheiß handeln.

+ Strafbestimmungen gegen die Störung der internationalen Beziehungen durch falsche Zeitungsnachrichten fordert der Straßburger Universitätsprofessor van Galle in der „Dtsh. Juristen-Ztg.“. Er nimmt dabei auf die Marokko-Angelegenheit Bezug. In diesem Falle sind doch aber wohl von der ausländischen Presse mehr unwahre und beunruhigende Nachrichten als von der deutschen verbreitet worden. Der Vorschlag findet vielfachen Widerspruch, schon weil die Sache schwer zu regeln ist und weil Kautschukbestimmungen vorausgesehen werden.

+ Aus dem Ruhrgebiet wird gemeldet, daß der Bergbauverein (Gemeinschaft der Grubenbesitzer) auf die Forderung der Siebenerkommission um Erhöhung der Löhne der Bergarbeiter geantwortet hat, er könne mit der Kommission nicht in Verbindung treten, da er in ihr die Vertretung der Ruhrbergleute nicht erblicken könne. Jede Zechenverwaltung müsse selbständig die Schichtlöhne und Arbeitsleistung mit den einzelnen Kameradschaften und Arbeitern abschließen.

Ungarn.

+ Budapest, 7. März. Das Mitglied der neuen Partei, Coetvoes, meldete seinen Austritt aus dem leitenden Ausschusse der Koalition an. Der Austritt Baron Vansfys wird allgemein als erster Schritt zur Sprengung der Koalition bezeichnet und als günstig für die weitere Gestaltung der Zukunft bezeichnet. Viele Blätter, auch oppositioneller Richtung, geben unbehohlen der Meinung Ausdruck, daß die Nation nunmehr zur Ausgleichsbasis von 1867 zurückkehren müsse, nachdem sich die Unabhängigkeitspolitik von 1848 als undurchführbar erwiesen hat. Vansfys gilt allgemein als der kommende Mann.

Rußland.

+ Petersburg, 7. März. Die Unsicherheit in Rußland ist noch immer eine große, trotzdem der Zusammentritt der Reichsduma gesichert ist und am 10. Mai erfolgen wird. In Odessa und Tiflis gab es aufs neue Plünderungen und Bombenattentate, durch die viel Unheil angerichtet wurde, die Täter aber entkamen. In Lodz wurde ein Polizeibeamter getötet. Bei Behnen in Kurland verfolgten Dragoner eine Rebellenbande von 8 Mann. Die Spuren führten zu einem Bauernhof, dessen Besitzer heraustrat und erklärte, daß die Bande nicht dort sei. Als aber ein Dragoner das Haus betrat, wurde er laut „Voss. Ztg.“ sofort durch einen Flintenschuß getötet. Die übrigen Dragoner eröffneten daraufhin ein Gewehrfeuer, töteten alle Revolutionäre und brannten den Bauernhof nieder. — Ein soeben veröffentlichtes Gesetz macht den Angehörigen der römisch-katholischen Kirche in Rußland mancherlei Zugeständnisse. — Der Expose Gapon befindet sich plötzlich wieder in Petersburg, wo er einer Arbeiter-Versammlung präsiidierte. Als das Thema der verschwundenen 30 000 Rubel behandelt wurde, die Gapon angeblich für die Entschädigung der am „blutigen Sonntage“ benachteiligten Arbeiter erhalten und verteilt hat, erhob sich einer der Genossen und erhob sich. Gapon will ein Verfahren gegen sich selbst beantragen, um die dunkle Angelegenheit aufzuklären.

+ Lodz, 7. März. Der Polizeikommissar Bachmann und ein Oberstmann wurden erschossen; die Täter sind entkommen.

Schweiz.

+ Bern, 7. März. Der Bundesrat hat bei der Bundesversammlung eine Verfassungsänderung, betreffend die Einführung der Gesetzesinitiative im Bunde beantragt. Danach sollen 50 000 schweizerische Bürger das Begehren auf Erlass, Aufhebung oder Abänderung von Bundesgesetzen oder

allgemein verbindlichen Bundesbeschlüssen in dem Sinne stellen können, daß ein solches Begehren dem Schweizervolk zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt werden muß. Solche Initiativbegehren sollen zulässig sein in Form einer allgemeinen Anregung oder eines ausgearbeiteten Gesetzesentwurfs, und die Bundesversammlung soll dem Schweizervolke gleichzeitig einen Gegenentwurf zur Abstimmung unterbreiten können. Ein verfassungswidriges oder mit den Staatsverträgen in Widerspruch stehendes Initiativbegehren soll die Bundesversammlung befugt sein, von sich aus zurückzuweisen, ohne ihm weitere Folge zu geben.

Frankreich.

+ Paris, 7. März. Die Kammer begann in der gestrigen Vormittags-sitzung die Beratung des Marinebudgets. Admiral Bienaimé wies auf die Notwendigkeit eines bestimmten Flottenprogramms hin und trat für das Turbinensystem, für Abschaffung der mittleren Geschütze und für die Einheit des Kalibers für leichte Schiffsartillerie ein. Der Redner forderte, man solle aufhören, Panzerkreuzer zu bauen. Heute brauche man große Panzerschiffe. Bienaimé erklärte, mit einem Jahresbetrage von 325 Mill. Franken könne Frankreich die stärkste Flotte der Welt haben, wenn es nur große Panzerschiffe baute, und brachte schließlich einen Antrag ein, durch den die Regierung aufgefordert wird, ein vollständiges Flottenprogramm auszuarbeiten. — In der Nachmittags-sitzung wurde die Beratung des Marinebudgets fortgesetzt. Lokroy bezeichnet das Flottenprogramm als ungenügend. Wenn man sich mit diesem Programm begnügen sollte, würde die französische Marine weniger stark sein, als die deutsche. Wenn es unglücklicherweise zu einem Kriege zwischen Deutschland und Frankreich kommen würde, so würde der Krieg mit einer Seeschlacht beginnen. Die französische Marine müßte dann doppelt so stark sein, weil Frankreich sich zu gleicher Zeit in der Nordsee und im Mittelmeer verteidigen müsse.

Spanien.

+ Madrid, 7. März. In Frage, in der Provinz Guesch, kam es zwischen der Guardia civile und Aufständischen, die Arbeit verlangten, zu einem Zusammenstoß, bei dem mehrere Schüsse abgegeben wurden, wodurch drei Aufständische getötet wurden.

+ Algeciras, 7. März. Die von dem deutschen Delegierten von Radowik, sowie von den Vertretern Rußlands und Frankreichs in der Komitee-Sitzung am Montag abgegebenen Erklärungen bestärken die Hoffnung, daß auf der Konferenz auf dem Wege des Kompromisses eine allen Teilen erwünschte Verständigung erzielt werden wird.

+ Biarritz, 7. März. Der König von England ist vorgestern abend hier eingetroffen.

Amerika.

+ Washington, 7. März. Präsident Roosevelt richtete mit dem vom Kriegs- und Marinematr über die Küstenverteidigung erstatteten Bericht eine Botschaft an den Kongreß, in der er empfiehlt, die besondere Aufmerksamkeit der Verteidigung der Einfahrt in der Chesapeake-Bai zuzuwenden. Der Präsident sagt weiter in der Botschaft, die insularen Besitzungen der Vereinigten Staaten dürfen nicht länger vernachlässigt werden, wenn die Vereinigten Staaten wirklich die Absicht hätten, sie zu halten. Der Bericht des Kriegs- und Marinematrs empfiehlt, die Einfahrt in der Manilla-Bai, ferner in den Hafen von Pearl, Guantánamo, San Juan, Guam und Honolulu, sowie die Zugänge zum Panamakanal in Verteidigungszustand zu setzen. Ebenso wird die verstärkte Besetzung mehrerer Häfen der Vereinigten Staaten empfohlen. Die Kosten für diese Arbeiten werden auf 50 Mill. Doll. veranschlagt.

der Brücke kann sehr wohl von ihm ausgegangen sein nach meiner Ansicht.“

„Ich sage nicht allein: kann, sondern: muß!“ sagte Schreiber und es lag eine überzeugende Zurecht in dem entschlossenen Ton, in dem er dies sagte. „Daß die Leiche erst nach Wochen gelandet ist, findet seine Erklärung darin, daß sie von irgend einem Gegenstand, vielleicht einem verlorenen Anker oder einer Brückenkette im Wasser festgehalten wurde.“

„Wie aber erklären Sie es, daß sie von allen Kleidungsstücken entblößt war?“ fragte der Assessor.

„Dafür gibt es keine sichere Erklärung, sondern eben nur Vermutungen. Die Wellen können die Kleidungsstücke zerlegt und allmählich fortgerissen haben; indessen ist die Möglichkeit keineswegs ausgeschlossen, daß die Leiche schon früher an einer anderen Stelle landete, dort aus Habgier entkleidet und wieder ins Wasser geworfen wurde; die Gemeinde ist arm, sie muß gewöhnlich die Beerdigungskosten tragen, wenn der Tote nicht rekonnoziert wird, der Gemeindevorstand hat außer den Kosten mancherlei lästige Schreibereien, da macht man am liebsten kurzen Prozeß und schafft sich die ganze Geschichte vom Halbe.“

„Dann würde man doch auch den Siegelring geraubt haben,“ warf der Assessor ein.

„Wenn das hätte geschehen können, würde man es nicht unterlassen haben. Aber wie Sie selbst sich überzeugen konnten, es nicht ohne Verletzung des stark angeschwollenen Fingers geschehen, vor seiner Verletzung mag man denn doch zurückgeschreckt sein.“

„Sehr wahr,“ nickte Geier, der den Herren abermals eine Brise andot und dann die Dose geräuschvoll zuklappte, „die Sache ist so klar, daß sie gar keinem Zweifel mehr unterworfen werden kann. Ubrigens ist ja die Frage der Identität befriedigend erledigt, ich kann es mit einem Eide bekräftigen, daß dieser Ertrunkene und der verschwundene Martin Grimm ein und dieselbe Person ist.“

„Sie sind leider kein unparteiischer Zeuge,“ erwiderte Schreiber.

Die unsteten, stehenden Augen des Rechtskonjulenten hefteten sich mit einem lauernden, unwilligen Blick auf den alten Herrn.

„Da möchte ich mir doch eine nähere Erklärung ausbitten,“ sagte er.

„Nun, Sie sind es insofern nicht, weil Sie die Interessen des Erben vertreten, Sie werden das zugeben müssen.“

„Daß ich der Rechtsbeistand des Erben bin, bestreite ich nicht, aber dadurch wird doch die Glaubwürdigkeit meiner Aussagen nicht in Frage gestellt. Wenn Martin Grimm noch lebte —“

„Beunruhigen Sie sich deshalb nicht,“ unterbrach ihn der Assessor. „Ihre Aussage wird ja bestätigt durch die Erklärung des zweiten Zeugen, der ebenfalls den Amerikaner gekannt hat.“

„Sehr genau sogar,“ brüstete der Kellner sich, der sein Bierglas bereits zum sechsten Male wieder füllen ließ. „Ich habe ihn stets bedient, da muß ich ihn wohl gekannt haben.“

„Sie haben also auch denselben Siegelring an seinem Finger gesehen?“

„Denselben — jawohl.“

„Auf den Ring möchte ich nicht so großes Gewicht legen,“ sagte der Inspektor, bedenklich das graue Haupt wiegend, „es ist ein einfacher Siegelring mit einem dunklen glatten Stein, wie sie in den Goldwarenfabriken scheinweise nach demselben Muster angefertigt werden. Jemand ein besonderes Kennzeichen habe ich an dem Ring nicht gefunden, genau denselben Ring sah ich schon an anderen Händen.“

„Das mag alles wahr sein,“ erwiderte der Assessor, „immerhin ist es für die Untersuchung von großer Bedeutung, daß dieser Ring an der Hand dieses Toten gefunden wurde. In der Beweiskette bildet er ein wertvolles Glied und es genügt, wenn die Zeugen an der Hand Martin Grimms einen ähnlichen Ring gesehen haben.“

„Ich habe diesen Ring ziemlich genau betrachtet, als die Hand Martin Grimms auf meinem Schreibtisch lag,“ sagte Geier, dem alten Herrn einen zürnenden Blick zuwerfend, „ich bin meiner Sache sicher und weise jeden Zweifel mit Entschiedenheit zurück. Ich wiederhole, von einem Parteistandpunkt meinerseits kann dabei keine Rede sein, schon das Verschwinden Martin Grimms mußte mir genügen, die Ansprüche des Erben geltend zu machen und zu vertreten.“

„Ich habe dagegen ja auch nichts einzuwenden,“ erwiderte der Inspektor, „ich wollte nur auf die Punkte aufmerksam machen, auf die der Verteidiger Röders höchst wahrscheinlich sich stützen wird.“

„Es wird der Verteidigung schwerlich gelingen, den Angeklagten vor den Augen der Geschworenen rein zu waschen,“ spottete der Assessor, „sein Schicksal ist nun besiegelt.“

Die Ankunft des Zuges wurde gemeldet und bald darauf stiegen die Herren ein, der Abend dämmerte schon, als sie die Stadt erreichten.

Trotz der vorgerückten Stunde ließ der Untersuchungsrichter, sobald er in seinem Bureau angelangt war, den Angeklagten vorführen.

Gugo Röder war noch hagerer geworden; während der kurzen Zeit seiner Verhaftung schien er um Jahre gealtert.

„Ich habe eine Entdeckung gemacht, der gegenüber Sie wohl nicht den Mut haben werden, noch länger zu leugnen,“ sagte der Assessor, den Blick fest und durchdringend auf den alten Mann heftend, „die Leiche Martin Grimms ist gelandet, wir haben sie heute rekonnoziert.“

„Gelandet?“ fragte Röder ungläubig. „Martin Grimm sollte in der Tat ertrunken sein?“

Der Assessor zog die Brauen zusammen, hinter seinen Brillengläsern blühte es jornig auf, er hatte offenbar eine andere Antwort erwartet.

(Fortsetzung folgt.)